

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 6

Artikel: Um die Zukunft Afrikas : politische und wirtschaftliche Entwicklungen auf dem schwarzen Kontinent
Autor: Bergen, Willwerner von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161104>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

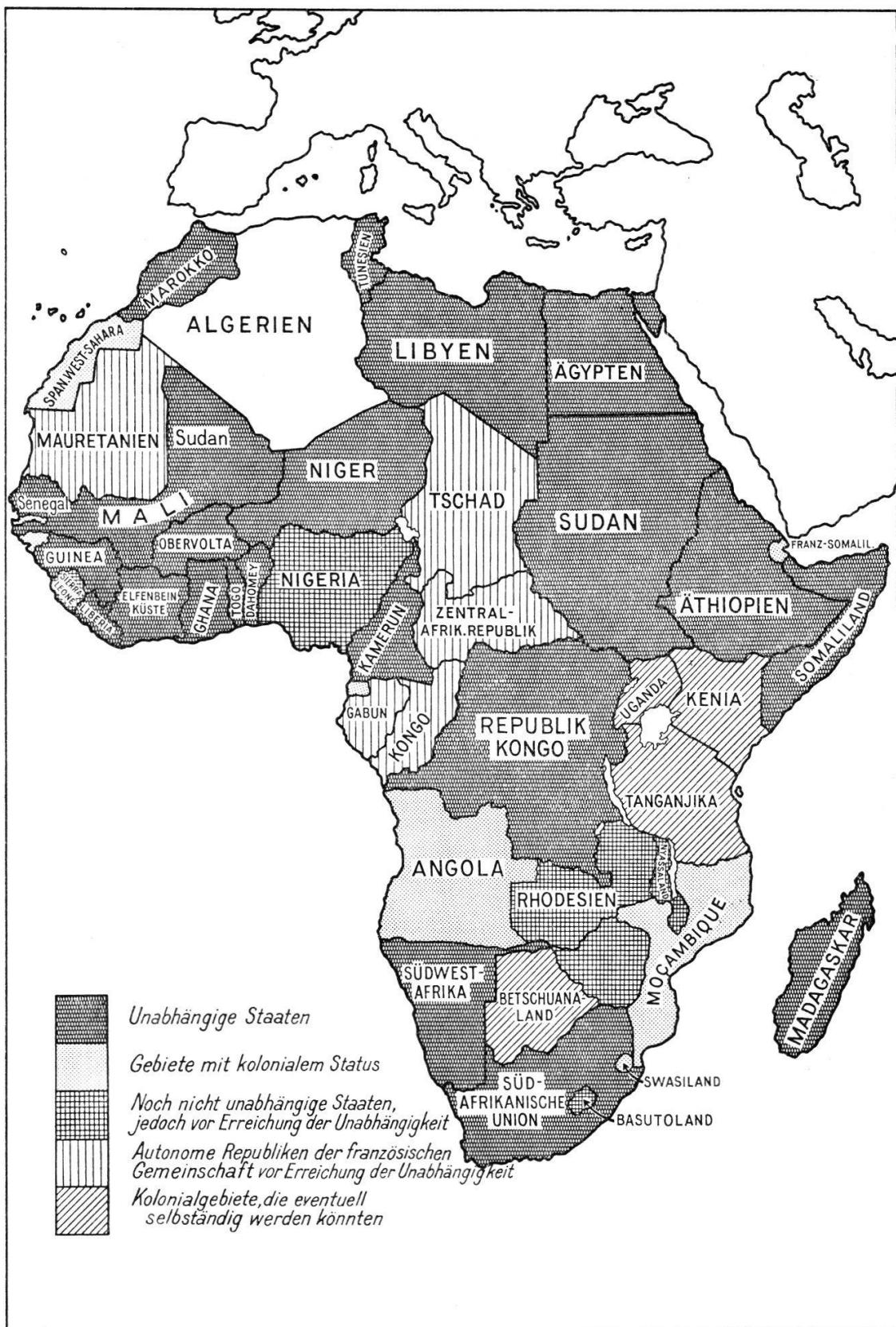
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Um die Zukunft Afrikas

POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN AUF
DEM SCHWARZEN KONTINENT

WILLWERNER VON BERGEN

Wieder ist ein Jahr vergangen, seitdem an gleicher Stelle versucht wurde, einen Überblick über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Afrika zu geben¹. Das von uns zu dieser Zeit besonders in den Vordergrund gestellte Freiheitsstreben des afrikanischen Volkes hat sich seither in einem Maße fortgesetzt, das noch vor wenigen Jahren niemand hätte voraussehen können. Selten hat sich in der Weltgeschichte in einem relativ so kurzen Zeitraum eine derartig umwälzende politische und soziale Entwicklung vollzogen wie auf dem Schwarzen Kontinent.

Ein einziges Ziel: Die Erreichung der Unabhängigkeit

Der Wille zur Unabhängigkeit, zur Loslösung von der ausländischen Vormundschaft, beherrscht weiterhin eindeutig die Gedankenwelt der afrikanischen Bevölkerung. Wie bisher wird jedoch auch jetzt von ihr nicht klar genug erkannt, daß die sogenannte «goldene Freiheit» eine Unmenge neuer und schwierig zu lösender Probleme mit sich bringt, die zur Zeit bewußt oder unbewußt in den Hintergrund gedrängt werden. Daß die übereilte Erreichung der Unabhängigkeit auch verheerende Folgen sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für die bisherige Schutzmacht haben kann, zeigt als markantestes Beispiel in der Berichtsperiode der ehemalige Belgische Kongo.

Bei der Betrachtung des afrikanischen Geschehens überrascht immer wieder die Tatsache, daß einerseits kaum ein Kontinent in ethnischer, religiöser, sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht so zahlreiche und mannigfaltige Verschiedenheiten aufweist, auf der anderen Seite jedoch der Nationalismus und der Unabhängigkeitswille wie ein einigendes Band die verschiedenen Völkerstämme umschlingt. Vom Norden bis zum Süden, vom Osten bis zum Westen, von den sandigen Wüstenstrecken bis zum tiefsten Urwald beherrscht heute ein einziger Gedanke die Einwohner: «Wir wollen frei sein!»

Zur Zeit gibt es nur noch drei Gebiete, in denen diese Bewegung noch nicht in vollem Umfang zum Durchbruch gelangen konnte oder gewaltsam

unterdrückt wurde: in Algerien, in Südafrika und den portugiesischen Kolonien. Algerien und Südafrika werden auch für die nächste Zukunft Krisenherde bleiben, und es ist fraglich, bis wann die politische Isolierung der portugiesischen Besitzungen in Afrika aufrechtzuerhalten ist, besonders unter Berücksichtigung der Entwicklungen im Nachbarland, der Republik Kongo.

Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, ob die Afrikaner zur Zeit überhaupt zur Selbstregierung fähig seien und ob bei Verneinung dieser Frage die bisherigen europäischen Schutzmächte ihre Besitzungen in Afrika einfach ihrem Schicksal überlassen können². Wir glauben, daß diese Fragestellung an der Realität vorbeigeht. Auf Grund des dynamischen Unabhängigkeitswillens stellt sich für den Westen heute nur noch eine einzige Frage: Wie und mit welchen Mitteln kann der einheimischen Bevölkerung bei dem Versuch, ihr Schicksal selbst zu gestalten, geholfen werden? Das Problem der Fähigkeit oder Unfähigkeit, sich selbst zu regieren und zu verwalten, stellt sich gar nicht mehr, da die Afrikaner so oder so den Schritt in die «goldene Freiheit» tun werden. Daß am Anfang — und das betrifft besonders die afrikanischen Gebiete, in denen die einheimische Bevölkerung bisher nur ungenügend oder gar nicht an der Verwaltung teilnehmen konnte — die Eingeborenen außerordentliche Schwierigkeiten haben werden, steht außer Frage. Es fehlt ihnen jedoch sicher nicht an der geistigen Kapazität, an dem Willen und der Geschicklichkeit, sondern vielmehr an der Erfahrung und an der notwendigen Praxis. Ihnen diese zu vermitteln, wird eine der dringlichsten und wichtigsten Aufgaben der bisherigen Schutzmächte sein.

Infiltrationspolitik des Ostens in Afrika

Neben dem Unabhängigkeitsstreben — dem dominierenden Faktor des derzeitigen afrikanischen Geschehens — zeichnet sich einerseits das immer stärker werdende Bemühen des Ostens um die Erweiterung seines Einflusses und andererseits der Versuch des Westens, diesem etwas Positives und Wirksames entgegenzustellen, ab. Ohne Zweifel hat sich der Gegensatz Ost-West in Afrika im Verlauf des vergangenen Jahres erheblich verschärft, wobei sich beide Blöcke in verstärktem Maße politisch und wirtschaftlich engagiert haben.

Bei der Betrachtung des Gegensatzes zwischen West und Ost in Afrika muß von einem grundsätzlichen Faktor ausgegangen werden. Die neuen afrikanischen Staaten sind mehr denn je auf ausländische Hilfe angewiesen; aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln können sie die zahlreichen wirtschaftlichen Probleme nicht lösen. Sie sind somit gezwungen, sich dem Land, bzw. den Ländern zuzuwenden, die sie mit der notwendigen fachlichen, finanziellen und materiellen Hilfeleistung unterstützen können. Je nach den bisherigen staatlichen oder administrativen Bindungen werden sie sich nach dem Westen

oder, falls dieser für eine Unterstützung nicht bereit sein sollte, nach dem Osten wenden. Es wird dem auf eine ausländische Hilfe angewiesenen jungen, autonomen afrikanischen Staat gleichgültig sein, ob die wirtschaftliche Hilfe aus Frankreich, der Bundesrepublik oder den Vereinigten Staaten, um nur einige westliche Nationen zu nennen, oder aus der Sowjetunion, der DDR oder der Tschechoslowakei kommt. Ihm wird es darauf ankommen, wer die vorteilhaftesten Angebote unterbreitet. Im Prinzip ist der Afrikaner nicht kommunistenfreundlich oder für die marxistischen Theorien besonders anfällig. Es besteht jedoch die Tendenz, durch geschicktes Ausspielen des Westens gegen den Osten von den beiden rivalisierenden Blöcken zu profitieren.

Die meisten Afrikaner, die sich durch die Versprechungen und die massive Propaganda der UdSSR nicht blenden lassen, haben deutlich erkannt, daß der «colonisation humaine» des Westens die «colonisation inhumaine» des Ostens — wie ein bekannter afrikanischer Gelehrter es ausdrückte — folgen würde. Der Afrikaner wird sich dann ohne allzu große Skrupel an den Osten wenden, wenn der Westen ihm nicht die notwendige Unterstützung bietet. Ein typisches Beispiel bildet Guinea³. Durch den Entschluß, sich von Frankreich zu lösen, rief es eine sofortige und scharfe Reaktion der Franzosen hervor. Diese zogen ihre seit Jahren an Ort und Stelle arbeitenden Kräfte überstürzt zurück und hinterließen in Verwaltung, Industrie und Regierung ein Vakuum. Die anderen Staaten des Westens verstanden es nicht, dieses Vakuum zu füllen und die notwendige Hilfestellung zu gewähren. Was blieb Sékou Touré anderes übrig, als sich nach Moskau zu wenden, das nur allzu gern in die Bresche sprang und seinen ersten effektiven Brückenkopf in Afrika bildete. Bestimmt war Sékou Touré seit jeher östlich orientiert, und seine engsten Mitarbeiter gelten als orthodoxe Marxisten-Leninisten. Weiterhin wurde ein straff geleiteter Zentralapparat geschaffen. Innenpolitisch wurden nach dem Abzug der Franzosen die Reste der Häuptlingsherrschaft eliminiert, die Sozialordnung geändert und die Wirtschaftsform dekolonialisiert. Trotzdem wären vielleicht alle diese radikalen und östlich beeinflußten Maßnahmen in einem derartigen Umfang nicht getroffen worden, wenn Guinea nicht durch die Untätigkeit des Westens so offenkundig in die Arme Moskaus gedrängt worden wäre. Die Sowjetunion erkannte sehr rasch ihre große Chance. Sie bot Guinea finanzielle und technische Hilfe an. So gewährte sie einen Kredit in Höhe von 35 Mill. US \$ und stellte Sékou Touré in Zusammenarbeit mit der DDR und der Tschechoslowakei eine Reihe von Technikern, Ingenieuren, Wissenschaftlern, Geologen und Ärzten zur Verfügung. Diese Spezialisten nahmen sehr bald Schlüsselstellungen in der Wirtschaft und Verwaltung ein. Am 1. März dieses Jahres unterzeichnete Sékou Touré ein Abkommen mit der Sowjetunion, wonach die Russen in den Jahren 1960—1963 mehrere Fabriken, eine technische Hochschule und ein Sportstadion in Conakry errichten werden. Außerdem wollen die Sowjets eine Staatsfarm für den Reisanbau gründen und dazu alle land-

wirtschaftlichen Maschinen liefern; ferner versprachen sie, den Hafen und den Flugplatz in Conakry sowie die Eisenbahnstrecke Conakry-Mamu zu modernisieren. Hinzu kommen noch Vereinbarungen über die Suche nach Gold- und Diamantenvorkommen in Guinea, die Errichtung von Milchfarmen und die Hilfe für die Entwicklung der bodenständigen Viehzucht und manches andere. Das alles will die Sowjetunion selbst finanzieren und Fachleute sowie Ausrüstungen und sogar Baumaterial liefern. Die Armee Guineas wird seit dem Sommer vergangenen Jahres von einer tschechischen Militärmmission ausgebildet. Sowjetrussische und tschechische Waffen, Material aller Art und auch Lebensmittel werden laufend im Hafen von Conakry gelöscht. Nicht zu unterschätzen ist weiterhin die Entsendung zahlreicher junger Guinesen an die Hochschulen Moskaus, Prags und der DDR. Eine besonders lebhafte Tätigkeit entfaltet schließlich die neue Botschaft der UdSSR unter der Leitung von Daniel S. Solod, dem bisherigen Chef der Nahost-Abteilung des Moskauer Außenministeriums. Schon die Besetzung des Postens in Conakry mit einem so hohen Beamten zeigt deutlich, wie sehr es Moskau darauf ankommt, über Guinea in Westafrika Fuß zu fassen.

Der östliche Einfluß in Guinea ist bereits weit über das Maß hinaus gewachsen, das er in anderen selbständigen Staaten Afrikas erreichen konnte. Zwar ist die kommunistische Propaganda und Infiltrationspolitik auch in Ägypten, Äthiopien, Libyen, Ghana und neuerdings in der Republik Kongo sehr aktiv, man verzichtet jedoch dort noch vorerst auf eine derartig massive Einwirkung und doktrinäre Belehrung wie in Guinea. In diesen Ländern legt Moskau größeren Wert auf die rein wirtschaftliche Unterstützung. Bekannt ist die Zusicherung Moskaus, in Ägypten das Assuan-Projekt in allen drei Baustufen zu finanzieren. In Äthiopien gelang es der Sowjetunion ebenfalls, gegenüber dem Westen einen Erfolg zu verbuchen, indem es diesem Land ein mit sehr günstigen Bedingungen ausgestattetes Darlehen in Höhe von rund 100 Mill. US \$ zur Verfügung stellte. Damit konnte es sich aktiv in den Aufbau der äthiopischen Industrie einschalten. Bei der Gewährung dieser zinsverbilligten Darlehen muß immer die Tatsache berücksichtigt werden, daß für Moskau nicht die Gewährung der Geldmittel die wichtigste Rolle spielt, sondern die Möglichkeit, neben dieser finanziellen Hilfe laufend sowjetrussisches Material in das Land des Kreditnehmers fließen zu lassen und somit auch auf industrieller Ebene eine ständig zunehmende Einflußmöglichkeit zu gewinnen.

Sowohl in Ost- und Zentralafrika, als auch in Südafrika hat sich der kommunistische Einfluß bisher noch kaum entwickeln können. Kommunistenfreundliche Elemente sind noch nicht bis in die nationalistischen Führungs-kreise vorgestoßen. Wahrscheinlich wird sich jedoch auch hier nach Erlangung der Unabhängigkeit ein Wechsel ergeben.

Der Osten hat es in den letzten beiden Jahren sehr geschickt verstanden, den Nationalismus der Afrikaner für seine Zwecke einzuspannen und sich hin-

ter die Unabhängigkeitsbewegung zu stellen. Im Gegensatz zum Westen gelang es ihm besser, sich mit der einheimischen Bevölkerung zu assimilieren und sich mit ihr auf eine gleiche Stufe zu stellen. Er tritt in Afrika als gleichgesinnter und gleichgestellter Freund und Berater auf, der der einheimischen Bevölkerung keine neuen Methoden aufdrängt, sondern dieser den Nutzen der modernen Technik zukommen lassen will. Ähnlich wie in Indien verzeichnet diese auf die Psychologie der jungen, nach Unabhängigkeit strebenden und selbstbewußten Völker ausgerichtete Taktik ausgezeichnete Erfolge. Daß die zahlreichen Abmachungen für eine finanzielle und wirtschaftliche Hilfe nicht immer erfüllt werden, sondern oft nur Versprechen bleiben, und daß hinter der Fassade der Hilfsbereitschaft und dem Willen zu einer Zusammenarbeit stets politische Ziele stecken, wird oft von den unabhängigen Staaten nicht mit genügender Schärfe erkannt, oder man nimmt sie, wie das Beispiel Guineas beweist, bewußt in Kauf.

Besonders zu beachten ist schließlich die Bemühung des Ostens um die afrikanische Jugend. Wie auf anderen Kontinenten richten sich die auf lange Sicht ausgerichteten sowjetischen Anstrengungen auf die kommende Führungsgeneration. Jedes Jahr ermöglichen die Länder des Ostblocks, einschließlich Chinas, Hunderten von afrikanischen Studenten, an ihren Universitäten zu studieren. Afrikanische wie asiatische Studenten, deren Ausbildung unter dem Universitätsniveau liegt, werden von Ostblock-Ländern gerne aufgenommen und zum Studium vorbereitet. Dies im Unterschied zu den westlichen Universitäten, die sich den besonderen Bedürfnissen der Jugend aus Entwicklungsländern nicht leicht anpassen. Endlich gewährt die Sowjetunion auch eine größere Anzahl Stipendien durch Vermittlung von Unterorganisationen der Uno, wie beispielsweise der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten, die jährlich 500–100 Stipendien für die Studien in der Sowjetunion gewähren kann⁴. Neben dem rein wissenschaftlichen Studium läuft eine intensive politische Schulung, die die afrikanischen Studenten mit dem dialektischen und historischen Materialismus vertraut macht.

Die Hilfe des Westens muß koordiniert werden

Welche Mittel setzt der Westen ein, um dem ständig wachsenden kommunistischen Einfluß in Afrika entgegenzutreten, und was tut er, um die Zusammenarbeit mit den jungen afrikanischen Staaten auszubauen und zu fördern?⁵

Vor einer Beantwortung dieser Frage erscheint es nützlich, auf der Basis des leider recht spärlichen statistischen Unterlagenmaterials zu untersuchen, in welchem Verhältnis die mit so großem propagandistischen Aufwand gewährte finanzielle und wirtschaftliche Hilfe des Ostblocks an Afrika zum Umfang der westlichen Unterstützung steht. Da die Hilfe an Afrika durch den Osten und

den Westen nicht isoliert von der Unterstützung an die übrigen unterentwickelten Gebiete betrachtet werden kann, wurden die globalen, das heißt an alle unterentwickelten Länder der Erde gewährten Kredite, Darlehen und unentgeltlichen Leistungen als Maßstab und Grundlage genommen.

Gemäß diesen Unterlagen gewährten allein die USA in der Zeit von 1945—1957 den unterentwickelten Ländern Finanzhilfen von insgesamt 60 Milliarden US \$ gegenüber 6,6 Milliarden US \$ der Sowjetunion, das heißt beinahe das Zehnfache! Wenn somit rein mengenmäßig die Zahlen für sich selber sprechen, lassen sich jedoch, hinsichtlich Qualität der Hilfeleistungen, folgende interessante Schlüsse ziehen: Besonders seit 1953 läßt sich deutlich erkennen, daß die Höhe der von der UdSSR gewährten Darlehen und Kredite gegenüber denjenigen der USA prozentual ständig steigt. Während die amerikanische Hilfe in ihrer Substanz und Höhe ungefähr konstant blieb, erhöhte sich diejenige der UdSSR stetig, um prozentual in einigen Ländern die amerikanische Hilfe sogar zu überflügeln. Der Wachstumsindex der sowjetrussischen finanziellen Unterstützung ist gegenüber dem amerikanischen prozentual in den letzten Jahren konstant gestiegen. Diese Entwicklung ist besonders in Indien, Ägypten, Jugoslawien und Afghanistan deutlich zu erkennen.

Seit 1959 haben sich die Hauptanstrengungen der UdSSR auf Indien, Indonesien und in Afrika auf Äthiopien, Ägypten und Guinea konzentriert. Es läßt sich dabei ganz deutlich erkennen, daß es dem Ostblock mit seiner Kreditgewährung auf einen konzentriert gezielten Einsatz mit einer «Schockwirkung» und nicht auf eine breite Entwicklungshilfe als solche ankommt. Materielle und finanzielle Unterstützung wird stets dort eingesetzt, wo sich eine «schwache» Stelle ergibt, ein politischer Brückenkopf gebildet und ein starker propagandistischer Effekt erzielt werden soll.

Zu den amerikanischen Krediten ist zu bemerken, daß ein großer Teil (etwa im Gegenwert von 80% aller sowjetrussischen Kredite!) aus privaten Mitteln stammt. 75% der gesamten amerikanischen Aufwendungen fließen nach Südamerika und nur 25% in die Gebiete, in denen sich der stärkste Einsatz der UdSSR abzeichnet. Bisher gewährten die Amerikaner einen großen Teil ihrer Hilfe in Gestalt nicht zu verzinsender und nicht rückzahlbarer «Geschenke». So setzten sich die in den Jahren 1945—1957 gewährten Kredite aus 3,2 Milliarden US \$ normalen Krediten, die restlichen 9,6 Milliarden US \$ aus nicht rückzahlbaren Darlehen zusammen. Die Amerikaner haben in letzter Zeit erkannt, daß diese «Geschenke» genau das Gegenteil des Gewünschten bei den Begünstigten erreichen und sind seit kurzem dazu übergegangen, diese Art der Hilfe einzuschränken.

Die Sowjetunion verfolgte ihrerseits eine wesentlich geschicktere Taktik. «Geschenke» wurden nur anlässlich von Reisen sowjetischer Staatsmänner unter Aufbietung aller zur Verfügung stehenden propagandistischen Mittel und dann unter der Devise «Freundschaftsdienste eines Freundes an Freunde»

gewährt. Die Norm ist jedoch die Gewährung von Krediten, die mit besonders günstigen Zinsbedingungen ausgestattet sind und meistens sehr lange Rückzahlungsfristen aufweisen. Diese Kredite werden insbesondere dann eingesetzt, wenn es sich um Großprojekte handelt, die — wie zum Beispiel der Bau des Assuan-Damms in Ägypten — vom Westen wegen des damit verbundenen erhöhten Risikos und der Höhe der benötigten Mittel nicht oder nur unter für den Kreditnehmer erschwerenden Bedingungen gewährt werden können. Die Sowjetunion versteht es dabei sehr geschickt, ihre finanziellen Hilfen unter das Motto «Hilfe für die Industrialisierung und Urbarmachung befreundeter Staaten» zu stellen, ein Schlagwort, das bei den Staaten, die auf eine forcierte Industrialisierung besonderen Wert legen (z. B. Äthiopien, Ägypten, Guinea) immer auf fruchtbaren Boden fällt. Neben der Gewährung finanzieller Hilfe hat der Ostblock in Afrika in letzter Zeit auch die technische Hilfe immer stärker entwickelt und ausgebaut.

Im Gegensatz zu der konzentrierten, auf ein bestimmtes Ziel ausgerichteten östlichen Wirtschaftshilfe fehlt es beim Westen weniger an der mengenmäßigen Höhe der «Geschenke» und Darlehen, sondern vielmehr an der Koordination, die dem Osten mit seiner mit großer Folgerichtigkeit aufgebauten Entwicklungshilfe etwas Gleichwertiges entgegenstellen kann. Zahlreiche staatliche, halbstaatliche und private Institutionen in den USA bemühen sich, in Afrika tätig zu werden. Sei es die I. C. A. (International Cooperation Administration), der Development Loan Fund, die IFC (International Finance Corporation), die IDA (International Development Association) oder die Weltbank (diese Institution hat allein an Afrika seit ihrem Bestehen bis zum 30. Januar 1959 Kredite in Höhe von 589 Millionen US \$ gewährt und ist ständig in zahlreichen Ländern des Schwarzen Erdeils beratend und planend tätig⁶); sie alle gewähren erhebliche Mittel, es fehlt jedoch der gesammelte und gezielte Einsatz. Weiterhin wurden die Darlehen teilweise zu Bedingungen gegeben, die weit über denen des Ostblocks liegen. Nur mittels der IDA ist es zur Zeit möglich, sogenannte «soft loans», das heißt Darlehen mit besonders günstigen Zinsbedingungen zu geben. Ähnlich ist es in Europa, wo sich zahlreiche staatliche Stellen — so auch im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Gebiete — Finanzierungsinstitute und Banken mit der finanziellen Hilfestellung für Afrika befassten, ohne zu einer gemeinsam gesteuerten Aktion zu gelangen. Hier muß möglichst bald Abhilfe geschaffen werden. Der Westen und besonders Europa sollte sich im klaren sein, daß finanzielle Überlegungen konservativer Art heute gegenüber einer zielbewußten wirtschaftlichen Expansionspolitik des Ostens in den Entwicklungsländern hinfällig geworden sind und daß man gleiche und ebenso wirkungsvolle Instrumente einsetzen muß.

Brennpunkte des politischen Geschehens

Wenn man sich mit Rücksicht auf den geringen zur Verfügung stehenden Raum auf die Auswahl nur weniger Gebiete in Afrika beschränken muß, in denen die wichtigsten und für den Beobachter des afrikanischen Geschehens interessantesten Ereignisse während des Berichtsjahres stattfanden, so fällt es nicht schwer, zwei Gebiete herauszugreifen: den ehemaligen Belgischen Kongo — nunmehr die Republik Kongo — und die Südafrikanische Union.

Die Republik Kongo

Als am 30. Juni 1960 König Baudouin das Schicksal der ehemaligen belgischen Kolonie in die Hände der schwarzen Bevölkerung legte, wurde einerseits ein Schlußstrich gezogen und anderseits ein neues Kapitel in der Geschichte des belgischen Kongos eröffnet. Seit Monaten hatte die Entwicklung in diesem Gebiete die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen. Noch bis vor einem Jahr war der Kongo eine Insel des Friedens und vom afrikanischen Nationalismus und Antikolonialismus relativ isoliert. Die belgische Verwaltung, die unter dem Zeichen des Paternalismus in ihrem überseeischen Territorium mit viel Geduld und Erfolg gearbeitet hatte, stützte sich in der Hauptsache auf die traditionellen Stammeshäuptlinge und bediente sich ihrer Autorität. Diese Methode führte dazu, daß bis heute im größten Teil der Republik Kongo die alte Stammeskultur aufrechterhalten blieb. Die politische Entwicklung nach der Unabhängigkeitsübernahme beweist sehr deutlich, daß sich dieses ausgesprochene Stammesbewußtsein und die damit zusammenhängende Rivalität verstärkt auch unter der neuen Regierung fortsetzt.

Die Belgier haben es verstanden, das Land durch erhebliche Investitionen zu einer beachtlichen wirtschaftlichen Prosperität zu führen. Ausgeprägte Spannungen zwischen den Einheimischen und der belgischen Verwaltung hatte es nicht gegeben. Die Bevölkerung war mit ihrem Schicksal zufrieden, und die Basis der belgischen Autorität im Kongo — der Staat, die Kirche und die Handelsgesellschaften — bewährte sich und setzte sich durch. Einen entscheidenden Faktor vergaß jedoch die belgische Verwaltung: das Heranziehen der Einheimischen zur Mitverwaltung und die Schaffung einer Möglichkeit für die Schwarzen, sich mit der Politik zu befassen. Mit ganz wenigen Ausnahmen konnte man in der kongolesischen Verwaltung in den höheren Posten keinen Einheimischen finden, und weder politische Institutionen noch sonstige Organisationen wurden aufgebaut. Akademiker sind kaum vorhanden, und ebensowenig konnte man bis vor eineinhalb Jahren eine politische Partei finden. Während Belgien wie ein weiser, gütiger und hilfsbereiter Vater seine Schützlinge pflegte und über ihr materielles Wohlbefinden besorgt war, vergaß

es, einen Stamm befähigter Beamten zur Verantwortung heranzuziehen und für ihre zukünftigen Aufgaben vorzubereiten. Es legte das Hauptgewicht auf das materielle Wohlergehen der Massen und die Gewährung der Grundschulausbildung mit dem Gedanken, daß diese Politik eher eine zufriedene Bevölkerung gewährleistet als die Gewährung politischer Rechte und die Bildung einer Elite. Es entstand somit ein vollkommenes Vakuum an der Spitze, während sich eine mit ihrem materiellen Dasein zufriedene Mittelschicht bildete. Bei einer auf unbegrenzte Zeit fortgesetzten, paternalistischen, kolonialen Befriedungspolitik wären wahrscheinlich auch keine allzu großen Schwierigkeiten entstanden, wenn nicht auch auf dieses Gebiet die «Infektionswelle» der Unabhängigkeit übergegriffen hätte. Diese traf sowohl die belgische Regierung als auch die einheimische Bevölkerung vollkommen unvorbereitet. Was sollte man tun? Sich mit Gewalt gegen die anrollende Flut zu stemmen war nicht möglich — also mußte man nachgeben. Daß sich Belgien jedoch entschloß, ein Gebiet, das es in Jahrzehntelanger Arbeit wirtschaftlich entwickelt hatte, in einer so unverhältnismäßig kurzen Zeit seinem eigenen Schicksal zu überlassen, mußte überraschen. Es ist auch heute noch nicht zu verstehen, warum man in Brüssel eine derart überstürzte Entwicklung einleitete, die man sicherlich zum Vorteil beider Seiten zeitmäßig länger hätte ausdehnen können. Die Folgen dieses Entschlusses zeigten sich auf politischer Ebene, indem sich binnen sechs Monaten aus dem Nichts 110 politische Parteien bildeten, die ihre alten Stammesfeinden nunmehr in einem neuen Gewande austragen konnten. Die Verwaltung mußten Afrikaner übernehmen, die trotz besten Willens und der ihnen eigenen Intelligenz fachlich und sachlich einfach nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu lösen. Auch die führenden Männer des jungen Staates geben viele Rätsel auf. Während der ausgesprochene Lokalpatriot und religiöse Mystiker, der erste Präsident der Republik, Joseph Kasavubu, von einer Erneuerung des alten Königreiches Bakongo, das sich vor Ankunft der Belgier bis an das ehemalige Französisch-Äquatorial-Afrika und bis Portugiesisch-Angola erstreckte, träumt, steht an der Spitze der Regierung Patrice Lumumba, ein afrikanischer Nationalist, der einen stark zentralistischen Staat anstrebt. Daß beide in keiner Weise das politische Heft in der Hand haben und Sicherheit und Ordnung gewährleisten können, bewiesen die blutigen Unruhen der letzten Wochen. Völlig offen ist weiterhin, in welchem Ausmaße sich sowohl Kasavubu als auch Lumumba mit dem Osten liieren werden. Alles in allem erscheint der politische Knäuel heute unentwirrbar denn je und jegliche Prognose für die Zukunft unmöglich.

Als eine echte Katastrophe für die Republik Kongo ist der Abzug der Weißen zu werten. Allein an Belgiern sollen in letzter Zeit etwa 40—50000 Menschen das Land verlassen haben; mit dem Abzug weiterer 40000 ist zu rechnen. Diese Abwanderung qualifizierter Fachkräfte, wie Ärzte, Ingenieure, Wirtschaftsberater, Lehrer und Wissenschaftler, bedeutet einen nicht wieder

gut zu machenden Aderlaß für die junge Republik. Es stellt sich daher schon heute für den Westen das schwerwiegende Problem, wie es, trotz der bisherigen bitteren Erfahrungen, der Republik Kongo mit Fachleuten, Material und finanziellen Mitteln helfen kann, will es den Kongo nicht in die Arme der Sowjetunion treiben, die nur darauf wartet, eingreifen zu können. Zur Zeit sind die Geschehnisse noch zu sehr im Fluß, als daß konkrete Beschlüsse gefaßt werden könnten; das Beispiel Guinea sollte jedoch eine ernste Warnung für den Westen bilden.

Auch auf die Wirtschaft des Landes hat die forcierte Aufgabe des Kongo durch die ehemalige Schutzmacht schwerwiegende Folgen nach sich gezogen. Fast alle Firmen und zahlreiche Geschäftsleute hatten bereits vor dem Ausbruch der Unruhen einen Teil ihres Kapitals in das Mutterland zurücktransfertiert. Allein in den ersten Februartagen, als das Unabhängigkeitsdatum bekannt gegeben worden war, wurden über 30 Mill. US \$ aus dem Kongo zurückgezogen, weitere hohe Beträge sind seitdem gefolgt. Der Kongofranken ist praktisch inexistent, die Devisenbestände sind besorgniserregend zusammengeschrumpft und die Verschuldung des Staatshaushaltes hat erhebliche Ausmaße angenommen. Die Pläne der neuen verantwortlichen Minister sind vielfältig und hochgeschraubt. Man spricht von einer forcierten Durchführung des Inga-Staudamm-Projektes, des Baues eines großen Straßennetzes, der Errichtung einer vielschichtigen Industrie und von vielem anderen. Wer soll jedoch alle diese Projekte durchführen? Auch hier wird es nach Beruhigung und Stabilisierung der politischen Lage und nach Rückkehr zu geordneten Verhältnissen im Kongo an der Geschicklichkeit, dem Takt und der Hilfsbereitschaft des Westens liegen, durch fachgerechte Beratung den Kongolesen bei einer technisch und finanziell realisierbaren und vernünftigen wirtschaftlichen Planung zu helfen.

Die Südafrikanische Union⁸

Über das Problem der Südafrikanischen Union ist in den letzten Monaten in der ganzen Welt so oft diskutiert und von so viel kompetenteren Seiten geschrieben worden, daß wir uns auf einige Ausführungen im Zusammenhang mit der in diesem Artikel skizzierten Entwicklung im übrigen Afrika beschränken möchten. Unseres Erachtens kann das südafrikanische Problem nicht isoliert vom übrigen Schwarzen Erdteil betrachtet werden. Das Zusammenleben, die Spannungen und die Rivalität zwischen zwei ethnisch und rassistisch verschiedenen Völkern wirft in Südafrika ähnlich bedrückende Probleme wie z. B. in Algerien auf. Hier wie dort sind es die weißen Siedler, die eine Lösung des Konflikts so außerordentlich schwierig gestalten. Wer will es den mit ihren Höfen und ihrem Landbesitz eng verbundenen Weißen

verübeln, wenn sie mit allen Mitteln ihr Eigentum verteidigen, und wer will den Stab über sie brechen, die mit guten Gründen das Land, auf dem sie leben, als ihre rechtmäßige Heimat betrachten? In Südafrika kommt noch hinzu, daß die Buren mit das Recht geltend machen können, ungefähr zu derselben Zeit in den Süden des afrikanischen Kontinents eingedrungen zu sein wie die Bantus und mit diesen zusammen die ehemaligen Ureinwohner unterworfen zu haben. Wenn den weißen Siedlern somit auf diesem Gebiet ein Heimatrecht zuzuerkennen ist, so müssen anderseits die Methoden verurteilt werden, mit denen sie ihr Recht verteidigen wollen. Es ist besonders das intransigente Element der Buren — im Gegensatz zu dem gemäßigten englischsprachigen Teil —, das, unter Mißachtung völkerrechtlicher Grundsätze, einem farbigen Volksstamm seinen Willen aufzwingen will. Die Konzeption der Buren, daß Südafrika ausschließlich ein weißes Land sei und die Schwarzen ein nur ungern geduldetes Übel darstellen, verliert um so mehr in dem Augenblick an Geltung und Realität, in dem Afrika als Ganzes eine politische Rolle zu spielen beginnt und der panafrikanische Nationalismus, gepaart mit dem unaufhaltsamen Unabhängigkeitswillen, an die Türen Südafrikas pocht. Ein kluger Beobachter der Entwicklung des afrikanischen Geschehens schrieb vor kurzem: «Von dem Augenblick an, in dem die 200 Millionen Schwarzen Afrikas sich solidarisch fühlen, sind die Weißen in der Union, so bedauerlich das ist, eine verschwindende Minderheit». Weiterhin müssen sich die Buren — bei allem Verständnis für ihre gewiß nicht leichte Lage — sagen lassen, daß sich Rassenprobleme noch nie in der Weltgeschichte, auf die Dauer gesehen, durch Mord, sondern nur durch Kompromisse und geduldige Verhandlungen lösen lassen. Eine Fortführung der extremen Apartheid-Politik der derzeitigen Regierung muß früher oder später zu einer Katastrophe führen und darüber hinaus einen Solidaritätssturm der übrigen afrikanischen Staaten auf den Plan rufen. Noch sind diese mit ihren eigenen politischen und wirtschaftlichen Problemen zu sehr beschäftigt, aber es wird die Zeit kommen, in der diese anfänglichen Schwierigkeiten überwunden sein werden und sie ihren in der südafrikanischen Union lebenden Stammesgenossen nicht nur mit wohlwollenden Reden und Versprechungen helfen werden. In südafrikanischen Finanz- und Wirtschaftskreisen wird diese Gefahr realistischer und klarer erkannt, wie es z. B. durch die kürzlichen Äußerungen des Präsidenten der Handelskammer von Johannesburg deutlich zum Ausdruck kam, indem er für die Aufnahme von Verhandlungen auf einer gleichberechtigten Basis zwischen Weiß und Schwarz plädierte. In ähnlichem Sinne äußerte sich der bekannte Industrielle Sir E. Oppenheimer.

Gewiß kann das südafrikanische Problem nicht in der Weise gelöst werden, daß man der schwarzen Bevölkerung innerhalb kurzer Zeit ihre Unabhängigkeit gewährt, aber es sollten sich Mittel und Wege finden, die schwarze Intelligenz an der Verwaltung teilnehmen zu lassen, damit sie in ihr späteres

Aufgabengebiet hineinwächst. Man sollte weiterhin den Einheimischen endlich das Gefühl der völligen Rechtlosigkeit nehmen. Aber auch aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus müßte eine Kompromißlösung gefunden werden. Ähnlich wie im ehemaligen Belgischen Kongo wird bei einer weiteren Zuspitzung des Rassenproblems eine verstärkte Abwanderung des ausländischen Kapitals einsetzen und die erheblichen wirtschaftlichen Interessen des Auslandes in Gefahr bringen. Südafrika ist auf einen ständigen Zustrom ausländischer Finanzhilfen angewiesen. Nur mit ihnen können die bisherigen beachtlichen wirtschaftlichen und industriellen Errungenschaften gehalten werden. Eine auch nur teilweise Zerstörung dieses Wirtschaftspotentials durch eine aufgestachelte und fanatische Menge schwarzer Aufständischer würde einen nicht mehr gut zu machenden Schaden anrichten.

“The wind of change is blowing through this continent” rief der britische Premier anlässlich seiner Reise durch die Südafrikanische Union aus. Mögen diese Worte nicht bei den Verantwortlichen verhallen und ihnen deutlich werden lassen, daß die Zeit einer Isolierung von den übrigen Teilen Afrikas vorbei ist und das bewußte Übersehen einer unaufhaltsamen Entwicklung, die die Freiheit und Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung zum Ziele hat, zu einer Katastrophe führen muß.

Die wirtschaftlichen Schwerpunkte einer internationalen Zusammenarbeit in Afrika

Wenn man die Entwicklung der afrikanischen Großprojekte und die Möglichkeiten einer internationalen Zusammenarbeit in Afrika in den letzten zwölf Monaten betrachtet, haben sich im wesentlichen folgende Schwerpunkte herauskristallisiert: Der in beschleunigtem Tempo vorangetriebene Abbau sowie die in größerem Rahmen fortgesetzten Explorationsarbeiten an den Erdöl- und Erdgasvorkommen in Algerien und Libyen, neue Entwicklungsmöglichkeiten in Tunesien und das zügige Voranschreiten der Vorbereitungsarbeiten für den Abbau des Eisenerzlagers von Fort Gouraud.

Die Erdöl- und Erdgasvorkommen in Algerien, Libyen und Tunis

Ende des vergangenen Jahres wurde die Pipeline, die die Ölfelder von Hassi Messaoud mit dem Mittelmeerhafen Bougie (Algerien) verbindet, nach einer Rekordbauzeit beendet. Zur Zeit können durch die 662 km lange Leitung 9,3 Mill. t Erdöl pro Jahr nach Bougie gefördert werden. Eine Erhöhung bis auf 14 Mill. t für den Herbst ist vorgesehen. Mit dieser Menge kann bereits jetzt fast die Hälfte des gesamten französischen Erdölbedarfs gedeckt werden. In Hassi-Messaoud, dem Zentrum der Ölfunde in der Sahara, mit einem geschätzten Vorkommen von 500—800 Mill. t sowie in Edjélé (200 Mill. t), gehen inzwischen die Bohrungen beschleunigt weiter. Wenn somit,

was den Umfang der Vorkommen und das zügige Voranschreiten der Bohrungen anbetrifft, die Erwartungen durchaus erfüllt wurden, erhebt sich bereits jetzt die Frage, ob sich das in der Sahara geförderte Erdöl gegenüber demjenigen aus dem Nahen Osten als konkurrenzfähig erweisen wird. Im Handelsblatt vom 15./16. April 1960 wird berichtet, daß je Tonne nachgewiesenen und förderbaren Erdöls bisher etwa 0,51 US \$ an Erdölsuchkosten aufgewendet wurden, wobei sich jedoch dieser Satz im Laufe der weiteren Arbeiten noch auf ca. 1,61 US \$ pro Tonne erhöhen wird. Im Mittleren Osten liegen diese Kosten jedoch etwa bei 0,41 US \$. Auch die günstigere Frachtlage gleicht den Preisunterschied nicht aus. Saharaöl ist auf 2,77 US \$ je Faß f. o. b. algerischer Hafen festgelegt, während schweres saudi-arabisches Öl nur 1,50 US \$ je Faß f. o. b. Ras Tanura kostet. Aus diesen Ziffern, die nicht Anspruch auf unbedingte Exaktheit erheben können, da es an präzisem Zahlenmaterial fehlt, ist deutlich zu erkennen, wie groß die Problematik der Erdölbohrungen in der Sahara ist.

Ein weiterer Schatten liegt insofern über der Erdölsuche in der Sahara, als das algerische und auch das libysche Erdöl sich nur zu Benzin, aber nicht zu Heiz- oder Schmieröl eignen⁹. Der europäische Mineralölbedarf erstreckt sich jedoch gerade vorwiegend auf Heiz- und Schmieröle, so daß der Absatz dieses leichten Erdöls auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten stoßen wird, da die meisten europäischen Staaten, sei es durch nationale oder durch überseeische Erdölfirmen, durch langfristige Lieferverträge mit dem Nahen Osten gebunden sind. Ähnliche Probleme finden wir bei der Förderung des Erdgasvorkommens bei Hassi R'Mel, das nach vorsichtigen Schätzungen mit ca. 1000 Mrd. m³ bemessen wird. In erster Linie soll dieses Gas der Industrialisierung Algeriens dienen. Dafür rechnet man mit einem Bedarf von jährlich 2 Mrd. m³. Etwa weitere 2 Mrd. m³ will Frankreich für seine eigene Industrie übernehmen. In Hassi R'Mel aber fallen jährlich 15 bis 16 Mrd. m³ Erdgas an¹⁰. Was aber geschieht mit dem Überschuß von mehr als 10 Mrd. m³ pro Jahr? Dieser könnte nur bei den übrigen europäischen Staaten abgesetzt werden. Wie soll man jedoch das Erdgas auf so weite Entfernung transportieren? Zwei Lösungen haben sich hier in letzter Zeit herausgeschält: einmal der Transport des in Flüssigkeit umgewandelten Gases per Schiff, oder zum andern die Durchleitung durch Pipelines. Das erste Projekt hätte den Vorteil, das Gas sofort an die Stellen zu bringen, wo ein effektiver Bedarf besteht. Die Kapazität eines Erdgastankers von etwa 10000 t ist sehr groß, wobei eine Ladung verflüssigten Gases dem Heizwert nach etwa 30 Mill. m³ Stadtgas entspricht. Zwei bis drei Tankerfahrten genügen somit, um den Jahresbedarf einer mittleren schweizerischen Stadt zu decken!

Für die Schaffung von Pipelines bestehen zwei Projekte. Das erste sieht die Führung einer Unterwasserpipeline von Mastagenem (Algerien) nach Cartagena (Spanien), das zweite von Cap Bon (Tunesien) nach Marsala

(Sizilien) und Weiterleitung auf das italienische Festland vor. Sowohl aus technischen als auch aus absatzmäßigen Gründen scheint man dem zweiten Projekt den Vorzug geben zu wollen, um so mehr, als man auf Grund der Industrialisierung Süditaliens mindestens 5—6 Mrd. m³ Erdgas abzusetzen hofft. Wie man sieht, sind auch hier noch zahlreiche Unbekannte im Spiel. Zur Zeit sieht es so aus, als ob es für die nächste Zukunft sehr schwer fallen sollte, die überschüssigen Mengen an anfallendem Erdgas abzusetzen und damit die notwendige Rentabilität der Erdgasprojekte zu sichern.

Die sich bereits vor einem Jahr anbahrende positive Entwicklung der Erdölsuche in Libyen hat in den letzten Monaten weiterhin günstige Fortschritte gemacht¹¹. Das Land ist im Begriff, aus der Phase der Unterstützungs-wirtschaft in das Zeitalter des Erdöls hinüberzuwechseln. Während sich in Algerien überwiegend nur französische Gesellschaften an den Bohrungen beteiligen, wurden in Libyen die Explorationsarbeiten fast ausschließlich von international bekannten Firmen wie z. B. Esso, Shell, British Petroleum, Caltex durchgeführt, denen sich vor kurzem die italienische ENI-Gruppe angeschlossen hat.

Wenn die Qualität des libyschen Erdöls auch derjenigen der Sahara ähnelt, so spricht für das libysche Erdöl die Nähe der Vorkommen zum Meer und — was nicht zu unterschätzen ist — die stabile politische Lage des Landes.

Eine interessante Entwicklung hat sich weiterhin Anfang Juni dieses Jahres in Tunesien angebahnt¹². Gegen den Widerstand der großen Erdölfirmen ist es der unter der Leitung von Enrico Mattei stehenden italienischen ENI-Staatsholding gelungen, zwei Abkommen über die Erdölsuche und -ausbeute in einigen Zonen der tunesischen Sahara — von Gabes bis zu libyschen Küste — und den Bau einer Petroleumraffinerie in dem südlich von Sfax gelegenen Hafen von La Skhirra zu unterzeichnen. Die vertraglichen Vereinbarungen sehen die Errichtung eines modernen Vertriebsnetzes für Erdöl-erzeugnisse vor. Weiterhin übernimmt der ENI-Konzern zur Hälfte die Bau-kosten der geplanten Raffinerie in Höhe von rund 9,6 Mill. US \$ und trägt sämtliche Kosten für die Schürfarbeiten. Schließlich hat er sich verpflichtet, falls das Erdölvorkommen ausgebeutet werden kann, dem tunesischen Staat einen Gewinnanteil von 75% am Erdöl der Ausbeute abzutreten.

Insgesamt gesehen ergibt sich auf dem Gebiete der Erdöl- und Erdgas-vorkommen, trotz der erheblichen wirtschaftlichen und politischen Gefahren und Risiken, ein außerordentlich fruchtbaren und Entwicklungsfähiges Be-tätigungs-feld für eine internationale Zusammenarbeit.

Das Eisenerzvorkommen von Fort Gouraud und andere Projekte

Das zur Zeit interessanteste internationale Großprojekt, der Abbau des bedeutenden Eisenerzvorkommens von Fort Gouraud in Mauretanien, hat

in den letzten Monaten konkrete Formen angenommen¹³. Nach beinahe einjährigen Verhandlungen entschloß sich die Weltbank, der mit der Durchführung des Projektes beauftragten Gesellschaft «Miferma» (Société des Mines de Fer de Mauritanie) eine Anleihe in Höhe von 66 Mill. US \$ zu gewähren. Gleichzeitig wurde das Kapital der Gesellschaft erhöht; eine Aktienemission ist vorgesehen, um damit den Finanzbedarf von 167,3 Mill. US \$ decken zu können.

An der Miferma sind u. a. französische staatliche Stellen und private französische Unternehmen sowie die British Iron Steel (England), die Finsider (Italien) und die August-Thyssen-Hütte (Deutschland) beteiligt. Von dem aus ca. 150 Mill. t phosphatarmen Erz mit einem Eisengehalt von etwa 60 bis 65% — was der besten Qualität schwedischer und kanadischer Erze entspricht — bestehenden Lager sollen anfangs 4 Mill. t pro Jahr abgebaut werden. Eine Erhöhung auf 6 Mill. t ist vorgesehen. Bei Einhaltung dieser Abbaumenge wird die Gesellschaft 25 Jahre bis zur Erschöpfung des Lagers benötigen. Der Absatz dieser Mengen ist gesichert, da sich die Aktionäre verpflichtet haben, jährlich mindestens 3 Mill. t abzunehmen. Auch die Abbauarbeiten, die in drei Jahren begonnen werden, scheinen keine allzu großen Schwierigkeiten zu bereiten, während der Abtransport des Erzes erhebliche Probleme auslöst. Mit einer durch reines Wüstengebiet führenden 620 km langen Eisenbahn soll das Erz nach Port-Etienne, der Hauptstadt des Landes, und einem Hafen, der gut auszubauen ist und das Beladen großer Erzschiffe zulassen wird, gebracht werden. Die Hafenanlagen von Port-Etienne wurden so erweitert und ausgebaut, daß das Beladen von Erzschiffen bis zu 60 000 t möglich ist. Die Ausschreibungen für das Eisenbahnmaterial und die Hafenanlagen sind inzwischen erteilt worden.

Bei den übrigen Eisenerzprojekten von Mékambo (Gabun) (geschätzte Reserven über 500 Mill. t Eisenerz; Konsortium bestehend aus amerikanischen, französischen, deutschen, italienischen, belgischen und holländischen Firmen), Tschibanga (Gabun) (geschätzte Reserven 150 Mill. t), Kribi (Kamerun) (geschätzte Reserven ca. 100—200 Mill. t; Interessenten: französische Industriegruppen und die Montanunion) haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben, und definitive Entschlüsse für ihren Abbau wurden nicht getroffen.

Die Energie- und Aluminiumkombinatsprojekte

Bei den großen Energie- und Aluminiumkombinatsprojekten am Konkouré und Kouilou sowie Inga-Fluß gehen die Arbeiten der ersten Bauten, bzw. die Planung stetig voran.

Über dem in Guinea gelegenen Projekt der Errichtung eines Staudamms

und eines Elektrizitätswerkes mit einer geplanten Kapazität von 5 Mrd. kWh p. a., das eine Tonerdefabrik und eine Aluminiumhütte speisen soll (geplante Aluminiumproduktion 150000 t p. a., später 480000 t p. a.; Investitionskosten ca. 141,4 Mill US \$) haben sich die politischen Wolken, die durch den Bruch Guineas mit Frankreich entstanden waren, wieder gelichtet. Wenn auch die Finanzierung des Projektes noch nicht in vollem Umfang gesichert ist — so steht z. B. noch immer die Entscheidung der Weltbank über die Gewährung eines größeren Darlehens offen —, wurde jedoch bereits mit den ersten vorbereitenden Arbeiten begonnen. Das Konsortium, bestehend aus amerikanischen (Olin Mathieson, Chemical Corp.), französischen (Péchiney, Ugine), britischen (British Aluminium), schweizerischen (Aluminium-Industrie AG) und deutschen (Vereinigte Aluminium-Werke AG) Unternehmen, ist fest entschlossen, die begonnenen Arbeiten fortzusetzen und in möglichst kurzer Zeit die Aluminiumproduktion aufzunehmen.

Relativ still ist es um das Kouilou-Projekt in Gabun (Errichtung eines Staudamms und eines Kraftwerkes — Elektrizitätsproduktion in der Endphase 8 Mrd. kWh, Investitionskosten ca. 40,5 Mill. US \$ — sowie eines vielschichtigen Industriekomplexes im Hafengebiet von Pointe Noire) geworden. Zwar wurden die Studienarbeiten fortgesetzt, doch blieb es, trotz der Bemühungen der lokalen Stellen, vorläufig bei den theoretischen Planungen.

Etwas weiter mit den vorbereitenden Organisations- und Explorationsarbeiten ist man bei dem Inga-Projekt in der Republik Kongo (Errichtung eines großen Staudamms und eines Elektrizitätswerkes mit einer in der Endphase zu erreichenden Stromerzeugung von ca. 200 Mrd. kWh sowie Errichtung eines Aluminiumwerkes, Stickstoff- und Zellstoff-Fabriken sowie zahlreicher mittlerer und kleiner Betriebe; Kosten ca. 2—3 Mrd. US \$) gekommen, wo seitens der belgischen Behörden im Herbst vergangenen Jahres der Startschuß für die erste Bauphase (Kosten ca. 80 Mill. US \$) gegeben wurde. Auch über diesem großzügig konzipierten Projekt liegt das große politische Fragezeichen. Es ist im Augenblick nicht zu übersehen, ob und wann sich ausländisches Kapital in einem Gebiet engagieren wird, das am Anfang einer neuen politischen Phase und Entwicklung steht und wo heute noch niemand weiß, ob die ausländischen Interessen und Investitionen geschützt werden können.

Bei der Realisierung aller dieser Großprojekte müssen viel Zeit, viel Geduld und nicht zuletzt ganz erhebliche Mittel aufgewendet werden¹⁴. An eine endgültige Durchführung kann erst dann herangegangen werden, wenn sich die politische Lage in den einzelnen Staaten so geklärt hat, daß die ausländischen Investoren — ohne ein übermäßiges Risiko eingehen zu müssen — Anreize finden, ihr Kapital in diese Gebiete zu lenken.

Ausblick

Der Überblick über die politische und wirtschaftliche Entwicklung auf dem Schwarzen Erdteil im Jahre 1959/60 läßt deutlich erkennen, von welcher entscheidenden Bedeutung es ist, daß der Westen zu einer gemeinsamen Afrika-Politik und zu einer Koordinierung seiner wirtschaftlichen Hilfe findet. Die jungen, vor kurzem erst unabhängig gewordenen Staaten sind auf die Unterstützung des Auslandes angewiesen. Sie werden die Angebote annehmen, die ihnen als die günstigsten erscheinen, und die Hilfe in Anspruch nehmen, die ihnen rasch gewährt werden kann. Der Osten war besonders im Laufe der letzten beiden Jahre im Einsatz seiner Mittel schneller, entschlossener und teilweise erfolgreicher, der Westen hat jedoch anderseits noch alle Chancen, sich bei einer abgestimmten und koordinierten materiellen und technischen Hilfe das Vertrauen der jungen Staaten Afrikas zu erwerben und sollte darüber hinaus in der Lage sein, wirksam der mit Konsequenz gelenkten Infiltrationspolitik des Ostens entgegenzutreten.

Es liegt jedoch am Westen selbst, die gebotenen Chancen in einem Augenblick zu nutzen, in dem auf Grund des politischen Umbruchs in Afrika eine aktive Hilfe der freien Welt notwendig wird, wobei man aus den in der Vergangenheit gemachten Fehlern und Unterlassungen lernen sollte. Im weiteren ist es mit einer großzügigen und koordinierten finanziellen Hilfe und technischen Beratung allein nicht getan, sondern man muß vielmehr darüber hinaus Sorge tragen, daß die afrikanischen Rohstoffe und sonstigen Produkte in genügendem Maße vom Westen abgenommen werden, um die meist chronisch passiven Handelsbilanzen der afrikanischen Staaten zu entlasten.

Von den autonomen Staaten Afrikas anderseits müßte verlangt werden, daß sie für die ausländischen Investitionen die Sicherheiten geben, die man für das erhebliche in Afrika einzugehende Risiko verlangen muß. Nur unter diesen Bedingungen wird privates Kapital nach Afrika fließen und sich eine Basis für eine erfolgreiche, auf Gleichberechtigung ruhende eurafrikanische und internationale Zusammenarbeit ergeben.

¹ Vgl. «Afrika im Umbruch» von demselben Autor, Schweizer Monatshefte, Heft 5, August 1959. — Literatur über allgemeine politische Probleme Afrikas und den wachsenden Einfluß des Ostens: «Naught for your Comfort» von Trevor Huddleston, Verlag Collins, London; «Verlorene Liebesmüh in Afrika» von Michael Freund, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Juli 1960. «Moskaus Chancen in Afrika» in Die Weltwoche, 11. März 1960. «Rassenspannungen in Afrika» von Kofi A. Busia, Reformatio, Bern, Heft 1, Januar 1960. «Le poids de l'Afrique» von Charles-Henri Favrod, Editions du Seine, Paris 1958. ² «Afrika als Partner» in NZZ, 24. Januar 1960. «Afrika im Umbruch» in Der Bund, 13. September 1959. ³ «Die Infiltrationspolitik Pankows in Afrika» in NZZ, 1. Mai 1960. «Guinea — Brückenkopf des Kommunismus in Westafrika» in NZZ, 15. März 1960. «Dammbruch in Afrika» — Guinea und Pankow, in Christ und Welt, 10. März 1960. «Moskaus Einfluß in Guinea» in NZZ 14. Februar 1960. «Westliche Versäumnisse im freien Staat Guinea» von Gräfin Dö-

hoff in *Die Zeit*, 8. Januar 1960.⁴ «Die kommunistische Infiltration unter der afrikanischen Jugend» von Dr. P. Sager in *Anzeiger des Bezirkes Horgen*, 6. Januar 1960.⁵ «Was kostet Afrika?» von Heinz Pentzlin in *Die Welt*, 2. Juli 1960. «Im Dschungel der Entwicklungsfinanzierung» — Unzureichende Planungen ohne klare finanzielle und institutionelle Konzeption, von Dr. W. Trautmann in *Der Volkswirt*, 25. Juni 1960.⁶ «Weltbankpolitik in Afrika» von Dr. F. Diwok in *Börsen-Zeitung*, 21. Juni 1960.⁷ «Après le Congo» von Fernand Baudhuin in *La Libre Belgique*, 30./31. Juli 1960. «Menschen und Kapital verlassen Belgisch-Kongo» in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. Juli 1960. «Sorgen am Kongo» von Gräfin Dönhoff in *Die Zeit*, 17. Juni 1960. «Der Belgische Kongo vor der Unabhängigkeit» von Ruth M. Slade in *Europa-Archiv*, Frankfurt a. M., 20. Mai 1960. «Rege europäische Beteiligung an Weltbank-Kredit für Belgisch-Kongo» in *Börsenzeitung*, 5. April 1960. «Les Belges s'inquiètent pour les 175 Mrd. de francs belges investis au Congo» von F. Charbonnier in *La Vie Française*, 4. März 1960. «Das Ende der Belgischen Kolonialmacht» in *NZZ*, 27. Februar 1960. «Der Umschwung im belgischen Kongo» in *NZZ*, 24. Februar 1960. «Parteien in Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi» in *Afrika-Informationsdienst*, Oktober 1959.⁸ «Die Städte sind das Schicksal Südafrikas» von H. H. Götz in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. Juni 1960. «Die Schicksalsfrage Südafrikas» — Ansätze einer Neuorientierung in der Rassenfrage in *NZZ*, 6. Juli 1960. «Geteiltes Südafrika» von H. H. Götz in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. Mai 1960. «Apartheid und Gewalt in Südafrika» in *NZZ*, 12. Mai 1960. «Gefährliche Entwicklung in Südafrika» in *Finanz und Wirtschaft*, 13. April 1960.⁹ «Über die Problematik des Sahara-Erdöls: vgl. «Internationale Zusammenarbeit in Afrika» von demselben Autor in *«Afrika»*, Heft 6, Juni 1960. «Sahara-Öl, eine Fehlinvestition?» in *Handelsblatt*, 21. März 1960. «Wettlauf um den europäischen Ölmarkt» von A. Michaelis in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. Februar 1960. «Frankreichs Erdöl in der Sahara» in *NZZ*, 13. Dezember 1959.¹⁰ «1961, An I pour le gaz d'Hassai R'Mel» von J. Choffel in *La Vie Française*, 1. April 1960. «Gas aus der Sahara» von W. Ringleb in *Die Zeit*, 15. Januar 1960.¹¹ «Libyen — Erdölproduzent von morgen» in *NZZ*, 9. Januar 1960.¹² «Italienisch-tunesisches Erdölabkommen» in *NZZ*, 14. Juli 1960.¹³ «Miferma produira dans trois ans 4 millions de tonnes de mineral de fer» von Roger Villiers in *La Vie Française*, Mai 1960.¹⁴ Vgl. «Internationale Zusammenarbeit in Afrika» von demselben Autor, Heft 6 u. 7, Juni/Juli, *«Afrika»*, 1960.